

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXV
Verzeichnis der abgekürzten Gesetzesnovellen	XLV

Bundesgesetz vom 4. Dezember 1979 über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen (Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz – ARHG)

I. HAUPTSTÜCK

Allgemeine Bestimmungen

§ 1. Vorrang zwischenstaatlicher Vereinbarungen	1
§ 2. Allgemeiner Vorbehalt	2
§ 3. Gegenseitigkeit	3
§ 4. Bedingungen	5
§ 5. Kosten	6
§ 6. Vorschriften über die Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr .	7
§ 7. Reisedokumente	8
§ 8. Vorbeugende Maßnahmen	8
§ 9. Anwendung der Strafprozeßordnung	9
§ 9 a. Datenschutz	12

II. HAUPTSTÜCK

Auslieferung aus Österreich

Vor §§ 10–25	15
--------------------	----

ERSTER ABSCHNITT

Zulässigkeit der Auslieferung

§ 10. Allgemeiner Grundsatz	18
§ 11. Strafbare Handlungen, die der Auslieferung unterliegen	18
§ 12. Verbot der Auslieferung österreichischer Staatsbürger . . .	22

Inhaltsverzeichnis

§ 13.	Vorrang der Auslieferung	23
§ 14.	Strafbare Handlungen politischen Charakters	24
§ 15.	Militärische und fiskalische strafbare Handlungen	26
§ 16.	Österreichische Gerichtsbarkeit	27
§ 17.	Gerichtsbarkeit eines dritten Staates	30
§ 18.	Verjährung	31
§ 19.	Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze; Asyl	32
§ 19 a.	Abwesenheitsurteile	40
§ 20.	Unzulässige Strafen oder vorbeugende Maßnahmen	43
§ 21.	Strafunmündige	45
§ 22.	Härtefälle	46
§ 23.	Spezialität der Auslieferung	50
§ 24.	Auslieferungsersuchen mehrerer Staaten	52
§ 25.	Ausfolgung von Gegenständen	53

ZWEITER ABSCHNITT

Zuständigkeit und Verfahren

§ 26.	Sachliche und örtliche Zuständigkeit	55
§ 27.	Fahndung	56
§ 28.	Anbot der Auslieferung	58
§ 29.	Auslieferungshaft	60
§ 30.	Behandlung einlangender Ersuchen	65
§ 31.	Verfahren über die Zulässigkeit der Auslieferung	66
§ 32.	Vereinfachte Auslieferung	70
§ 33.	Prüfung des Auslieferungsersuchens durch das Gericht.	73
§ 34.	Bewilligung und Ablehnung der Auslieferung	76
§ 35.	Unterlagen	78
§ 36.	Übergabe	79
§ 37.	Aufschub der Übergabe	81
§ 38.	Vorläufige Übergabe	83
§ 39.	Wiederaufnahme des Auslieferungsverfahrens	84
§ 40.	Nachträgliches Auslieferungsverfahren	86
§ 41.	Verfahren bei der Ausfolgung von Gegenständen	88

III. HAUPTSTÜCK
Durchlieferung

ERSTER ABSCHNITT
Zulässigkeit

§ 42.	Allgemeiner Grundsatz	89
§ 43.	Zulässigkeit der Durchlieferung	90
§ 44.	Verbot der Durchlieferung österreichischer Staatsbürger	90
§ 45.	Österreichische Gerichtsbarkeit	91
§ 46.	Benützung des Luftweges	92

ZWEITER ABSCHNITT
Zuständigkeit und Verfahren

§ 47.	Entscheidung	92
§ 48.	Unterlagen	93
§ 49.	Übergabe	94

IV. HAUPTSTÜCK
Rechtshilfe für das Ausland

ERSTER ABSCHNITT
Voraussetzungen

§ 50.	Allgemeiner Grundsatz	95
§ 51.	Unzulässigkeit der Rechtshilfe	97
§ 52.	Übersendung von Gegenständen und Akten	100
§ 53.	Vorladungen	101
§ 54.	Überstellung verhafteter Personen zu Beweis Zwecken	103

ZWEITER ABSCHNITT
Zuständigkeit und Verfahren

§ 55.	Zuständigkeit zur Erledigung eines Rechtshilfeersuchens	104
§ 56.	Unterlagen	108
§ 57.	Ablehnung der Rechtshilfe; Unzuständigkeit	110
§ 58.	Anzuwendende Verfahrensvorschriften	110
§ 58 a.	Zustimmung zur Datenweiterleitung	111
§ 59.	Zulassung ausländischer Organe und am Verfahren Beteiligter zu Rechtshilfehandlungen	112
§ 59 a.	Datenübermittlung ohne Ersuchen	114

Dritter Abschnitt

Besondere Ermittlungsmaßnahmen

§ 59 b. Kontrollierte Lieferung	115
§ 59 c. Verdeckte Ermittlungen	118

V. HAUPTSTÜCK

**Übernahme der Strafverfolgung und der Überwachung;
Vollstreckung ausländischer strafgerichtlicher
Entscheidungen**

ERSTER ABSCHNITT

Übernahme der Strafverfolgung

§ 60. Zuständigkeit und Verfahren	120
---	-----

ZWEITER ABSCHNITT

Übernahme der Überwachung

§ 61. Voraussetzungen	123
§ 62. Überwachungsmaßnahmen	125
§ 63. Zuständigkeit und Verfahren	125

DRITTER ABSCHNITT

**Vollstreckung ausländischer strafgerichtlicher
Entscheidungen**

§ 64. Voraussetzungen	127
§ 65. Inländische Vollstreckungsentscheidung	131
§ 66. Behandlung einlangender Ersuchen	133

Zuständigkeit und Verfahren

§ 67. Entscheidung	135
------------------------------	-----

VI. HAUPTSTÜCK

**Erwirkung der Auslieferung, der Durchlieferung,
der Ausfolgung, der Rechtshilfe sowie der Übernahme der
Strafverfolgung, der Überwachung und der Vollstreckung**

ERSTER ABSCHNITT

**Erwirkung der Auslieferung, der Durchlieferung
und der Ausfolgung**

§ 68.	Zuständigkeit und Verfahren	138
§ 69.	Erwirkung der Auslieferungshaft	140
§ 70.	Spezialität der Auslieferung	141

ZWEITER ABSCHNITT

Erwirkung der Rechtshilfe

§ 71.	Voraussetzungen und Verfahren	145
§ 71 a.	Ersuchen an Private	147
§ 72.	Vorladung von Personen aus dem Ausland	148
§ 73.	Überstellung verhafteter Personen zu Beweis Zwecken	151

DRITTER ABSCHNITT

**Erwirkung der Übernahme der Strafverfolgung, der
Überwachung sowie Vollstreckung inländischer
strafgerichtlicher Verurteilungen im Ausland**

§ 74.	Erwirkung der Übernahme der Strafverfolgung	151
§ 75.	Erwirkung der Überwachung	154
§ 76.	Erwirkung der Vollstreckung	155

VII. HAUPTSTÜCK

Gemeinsame Ermittlungsgruppen

§ 76 a.	Bildung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe im Inland	159
§ 76 b.	Bildung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe im Aus- land	161

VIII. HAUPTSTÜCK

Schlußbestimmungen

§ 77.	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen	162
§ 78.	Vollziehungsklausel	163
Art XXV.	Übergangsbestimmung	163

**Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in
Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der EU**
**(Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den
Mitgliedstaaten der Europäischen Union – EU-JZG)**

I. Hauptstück

Allgemeine Bestimmungen

§ 1.	Anwendungsbereich	164
§ 2.	Begriffsbestimmungen	165

II. Hauptstück

**Europäischer Haftbefehl und Übergabeverfahren
zwischen den Mitgliedstaaten**

Erster Abschnitt

Allgemeine Voraussetzungen

§ 3.	Grundlagen	171
§ 4.	Anwendungsbereich des Europäischen Haftbefehls	172

Zweiter Abschnitt

Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

§ 5.	Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls gegen österreichische Staatsbürger	177
§ 5a.	Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls gegen Unionsbürger	181
§ 6.	Österreichischer Tatort	185
§ 7.	Österreichische Gerichtsbarkeit	186
§ 8.	Entscheidungen dritter Staaten oder internationaler Gerichte	189
§ 9.	Strafunmündige	193
§ 10.	Verjährung und Amnestie	194
§ 11.	Abwesenheitsurteile	195
§ 12.	Fiskalische strafbare Handlungen	199

Dritter Abschnitt

Verfahren zur Bewilligung der Übergabe

§ 13.	Zuständigkeit	200
§ 14.	Geschäftsverkehr	200

§ 15.	Vorrang der Übergabe	202
§ 16.	Einleitung des Übergabeverfahrens	202
§ 16 a.	Rechtsbelehrung nach Festnahme	204
§ 17.	Anbot der Übergabe	206
§ 18.	Übergabehaft	208
§ 19.	Prüfung des Europäischen Haftbefehls	209
§ 20.	Vereinfachte Übergabe	215
§ 21.	Entscheidung über die Übergabe	218
§ 22.	Europäische Haftbefehle mehrerer Mitgliedstaaten	221
§ 23.	Zusammentreffen eines Europäischen Haftbefehls mit einem Auslieferungersuchen	223
§ 24.	Durchführung der Übergabe	225
§ 25.	Aufschub der Übergabe	228
§ 26.	Bedingte Übergabe	230
§ 27.	Wiederaufnahme des Übergabeverfahrens	232
§ 28.	Kosten	234

Vierter Abschnitt

Erwirkung der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

§ 29.	Fahndung	235
§ 30.	Inhalt und Form des Europäischen Haftbefehls	238
§ 30 a.	Recht auf einen Verteidiger	239
§ 31.	Spezialität und weitere Übergabe oder Weiterlieferung	240

FÜNFTER ABSCHNITT

Durchlieferung

§ 32.	Zulässigkeit der Durchlieferung	246
§ 33.	Durchlieferung österreichischer Staatsbürger	247
§ 34.	Durchlieferungsunterlagen	248
§ 35.	Entscheidung über die Durchlieferung	249
§ 36.	Erwirkung der Durchlieferung	249
§ 37.	Kosten der Durchlieferung	251
§ 38.	Verhältnis zu sonstigen internationalen Verpflichtungen	251

**III. Hauptstück
Anerkennung und Vollstreckung
justizieller Entscheidungen**

Erster Abschnitt

**Vollstreckung ausländischer Freiheitsstrafen und
vorbeugender Maßnahmen**

Erster Unterabschnitt

Vollstreckung von Urteilen anderer Mitgliedstaaten

§ 39. Voraussetzungen	252
§ 40. Unzulässigkeit der Vollstreckung	257
§ 40 a. Zuständigkeit	267
§ 41. Haft zur Sicherung der Vollstreckung	268
§ 41 a. Verfahren	270
§ 41 b. Entscheidung	275
§ 41 c. Aufschub der Entscheidung über die Vollstreckung	278
§ 41 d. Fristen für die Entscheidung	279
§ 41 e. Spezialität	280
§ 41 f. Einstellung der Vollstreckung	283
§ 41 g. Verständigung des Ausstellungsstaats	284
§ 41 h. Kosten	285
§ 41 i. Durchbeförderung	286
§ 41 j. Fälle des Europäischen Haftbefehls	287

Zweiter Unterabschnitt

Erwirkung der Vollstreckung in einem anderen Mitgliedstaat

Vor §§ 42 – 42 g	289
§ 42. Voraussetzungen	291
§ 42 a. Rolle des Anstaltsleiters	294
§ 42 b. Befassung eines anderen Mitgliedstaats	295
§ 42 c. Widerruf der Befassung	302
§ 42 d. Vollstreckung im Inland	304
§ 42 e. Durchführung der Überstellung	306
§ 42 f. Zustimmung zur Verfolgung, Verurteilung oder Strafvollstreckung wegen weiterer Straftaten	308
§ 42 g. Erwirkung der Durchbeförderung	310
§ 43, 44. [entfallen]	311

Zweiter Abschnitt

**Vollstreckung von Sicherstellungsentscheidungen
der Mitgliedstaaten**

Vor §§ 45–51 EU-JZG	311
§ 45. Voraussetzungen	315
§ 46. Zuständigkeit und Verfahren	322
§ 47. Ablehnung der Vollstreckung	327
§ 48. Aufschub der Vollstreckung	335
§ 49. Dauer der Beschlagnahme oder Sicherstellung	337
§ 50. Verständigungspflicht	338
§ 51. Geschäftsweg und Übersetzung	339

Dritter Abschnitt

Vollstreckung vermögensrechtlicher Anordnungen

Vor §§ 52–52n EU-JZG	341
----------------------------	-----

Erster Unterabschnitt

Vollstreckung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten

§ 52. Voraussetzungen	344
§ 52 a. Unzulässigkeit der Vollstreckung	345
§ 52 b. Zuständigkeit	362
§ 52 c. Verfahren	363
§ 52 d. Entscheidung	368
§ 52 e. Aufschub der Vollstreckung	372
§ 52 f. Vermögensrechtliche Anordnungen mehrerer Mitglied- staaten	374
§ 52 g. Erlös aus der Vollstreckung	376
§ 52 h. Einstellung der Vollstreckung	378
§ 52 i. Verständigung des Entscheidungsstaates	378
§ 52 j. Kosten	380

Zweiter Unterabschnitt

Erwirkung der Vollstreckung in einem anderen Mitgliedstaat

§ 52 k. Befassung eines anderen Mitgliedstaates	381
§ 52 l. Übermittlung einer vermögensrechtlichen Anordnung an mehrere Vollstreckungsstaaten	383
§ 52 m. Vollstreckung im Inland	385
§ 52 n. Verständigung des Vollstreckungsstaates	385

Vierter Abschnitt

Vollstreckung von Geldsanktionen

Vor §§ 53–53m EU-JZG 386

Erster Unterabschnitt

Vollstreckung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten

§ 53. Voraussetzungen 389
§ 53 a. Unzulässigkeit der Vollstreckung 395
§ 53 b. Zuständigkeit 409
§ 53 c. Verfahren 412
§ 53 d. Entscheidung 417
§ 53 e. Aufschub der Vollstreckung 422
§ 53 f. Erlös aus der Vollstreckung 424
§ 53 g. Ersatzfreiheitsstrafe 425
§ 53 h. Einstellung der Vollstreckung 425
§ 53 i. Verständigung des Entscheidungsstaates 426
§ 53 j. Kosten 427

Zweiter Unterabschnitt

Erwirkung der Vollstreckung in einem anderen Mitgliedstaat

§ 53 k. Befassung eines anderen Mitgliedstaates 428
§ 53 l. Widerruf der Befassung 431
§ 53 m. Vollstreckung im Inland 432
§ 54. *[aufgehoben samt Überschrift durch BGBl I 2011/134]* ... 433

IV. Hauptstück

Europäische Ermittlungsanordnung, Rechtshilfe und sonstige Zusammenarbeit in Strafsachen

Erster Abschnitt

Europäische Ermittlungsanordnung

Erster Unterabschnitt

Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung

§ 55. Voraussetzungen 433
§ 55 a. Unzulässigkeit der Vollstreckung 435
§ 55 b. Rückgriff auf eine andere Ermittlungsmaßnahme 444
§ 55 c. Zuständigkeit 446
§ 55 d. Verfahren 448

§ 55 e. Entscheidung über die Vollstreckung	451
§ 55 f. Durchführung	455
§ 55 g. Überstellung inhaftierter Personen	455
§ 55 h. Durchführung einer Vernehmung mittels technischer Einrichtung zur Wort- und Bildübertragung oder im Wege einer Telefonkonferenz	459
§ 55 i. Durchführung einer kontrollierten Lieferung	460
§ 55 j. Verständigungspflichten	460
§ 55 k. Mitwirkung ausländischer Organe und am Verfahren Beteiligter bei der Vollstreckung	461
§ 55 l. Übermittlung der Ermittlungsergebnisse und Beweis- mittel	463
§ 55 m. Kosten	466

Zweiter Unterabschnitt**Erwirkung der Vollstreckung
einer Europäischen Ermittlungsanordnung**

§ 56. Befassung eines anderen Mitgliedstaats	466
§ 56 a. Verständigung	473
§ 56 b. Nachträgliche Unzulässigkeit im Vollstreckungsstaat . . .	474

Zweiter Abschnitt**Rechtshilfe und sonstige Zusammenarbeit
in Strafsachen****Erster Unterabschnitt****Grundsätze**

§ 57. Voraussetzungen	474
§ 57 a. Zustimmung zur Übermittlung von Daten und Ergebnis- sen einer Ermittlung durch die Sicherheitsbehörden oder Finanzstrafbehörden	478
§§ 58 und 59. [aufgehoben durch BGBl I 2018/28].	482

Zweiter Unterabschnitt**Vermeidung paralleler Verfahren**

§ 59 a. Mitteilung über ein Verfahren im Inland an eine Justiz- behörde eines anderen Mitgliedstaates	482
§ 59 b. Beantwortung einer Mitteilung einer Justizbehörde eines anderen Mitgliedstaates	485
§ 59 c. Aufnahme von Konsultationen	486

Dritter Unterabschnitt

Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen

§ 60.	Allgemeine Voraussetzungen	487
§ 61.	Bildung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe im Inland	489
§ 62.	Informationsaustausch	491

Vierter Unterabschnitt

Eurojust

§ 63.	Aufgaben und Ziele	493
§ 64.	Nationales Mitglied	496
§ 65.	Mitglied der gemeinsamen Kontrollinstanz	500
§ 66.	Ersuchen an Eurojust	501
§ 67.	Verständigungspflichten	502
§ 68.	Behandlung von Ersuchen und Stellungnahmen von Eurojust	505
§ 68 a.	Nationales Eurojust-Koordinierungssystem	505

Fünfter Unterabschnitt

Europäisches Justizielles Netz

§ 69.	Aufgaben und Ziele	507
§ 70.	Einrichtung von Kontaktstellen	509

Sechster Unterabschnitt

Kontrollierte Lieferung

§ 71.	Allgemeiner Grundsatz	510
§ 72.	Zuständigkeit und Verfahren	511

Siebenter Unterabschnitt

Verdeckte Ermittlungen

§ 73.	Voraussetzungen	514
§ 74.	Durchführung der verdeckten Ermittlung	516

Achter Unterabschnitt

Erwirkung der Rechtshilfe

Erster Unterabschnitt

§ 75.	Zustellung von Verfahrensurkunden	517
-------	---	-----

Zweiter Unterabschnitt

§ 76. Ersuchen um Bildung einer gemeinsamen Ermittlungs-
gruppe 519

Dritter Unterabschnitt

**Einholung von Strafregisterauskünften über Staatsangehörige
anderer Mitgliedstaaten**

§ 77. Voraussetzungen 520
§ 78. Inhalt und Form des Ersuchens 521
§ 79. Geschäftsweg 522
§ 80. Bedingungen für die Verwendung personenbezogener
Daten 523

V. Hauptstück

Überwachung justizieller Entscheidungen

Erster Abschnitt

**Überwachung von Entscheidungen über
Bewährungsmaßnahmen und alternative Sanktionen,
und Folgeentscheidungen**

Erster Unterabschnitt

Überwachung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten

§ 81. Voraussetzungen 524
§ 82. Unzulässigkeit der Überwachung 527
§ 83. Zuständigkeit 533
§ 84. Verfahren 534
§ 85. Entscheidung 536
§ 86. Wirkung der Übernahme der Überwachung 537
§ 87. Anpassung der Bewährungsmaßnahmen 537
§ 88. Fristen 539
§ 89. Aufschub der Entscheidung 539
§ 90. Folgeentscheidungen im Inland 540
§ 91. Rückübertragung und Folgeentscheidungen im Ausstel-
lungsstaat 541
§ 92. Verständigung des Ausstellungsstaats in allen Fällen 543
§ 93. Wiederaufnahme des Verfahrens 544
§ 94. Kosten 544

Zweiter Unterabschnitt

Erwirkung der Überwachung in einem anderen Mitgliedstaat

§ 95.	Befassung eines anderen Mitgliedstaats	544
§ 96.	Zurückziehung der Bescheinigung	548
§ 97.	Wirkung der Übernahme der Überwachung	548
§ 98.	Rückübertragung der Überwachung	549
§ 99.	Verständigung des Vollstreckungsstaats nach Rückübertragung	549

Zweiter Abschnitt

**Überwachung von Entscheidungen über die
Anwendung gelinderer Mittel**

Erster Unterabschnitt

Überwachung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten

§ 100.	Voraussetzungen	549
§ 101.	Unzulässigkeit der Überwachung	553
§ 102.	Zuständigkeit	557
§ 103.	Verfahren	557
§ 104.	Entscheidung	559
§ 105.	Wirkung der Übernahme der Überwachung	560
§ 106.	Anpassung der gelinderen Mittel	560
§ 107.	Fristen	561
§ 108.	Aufschub der Entscheidung	561
§ 109.	Zuständigkeit für Folgeentscheidungen	562
§ 110.	Auskunftsersuchen	563
§ 111.	Verständigung des Anordnungsstaats	564
§ 112.	Unbeantwortete Verständigungen und Beendigung der Überwachung	565
§ 113.	Übergabe des Betroffenen	566
§ 114.	Kosten	567

Zweiter Unterabschnitt

Erwirkung der Überwachung in einem anderen Mitgliedstaat

§ 115.	Befassung eines anderen Mitgliedstaats	567
§ 116.	Zurückziehung der Bescheinigung	571
§ 117.	Ersuchen um Fortsetzung der Überwachung	572
§ 118.	Entscheidung über Folgemaßnahmen	572
§ 119.	Wirkung der Übernahme der Überwachung	573

§ 120.	Fortsetzung der Überwachung im Inland	573
§ 121.	Verständigung des Vollstreckungsstaats	573

VI. Hauptstück

Anerkennung Europäischer Schutzanordnungen in Strafsachen

Erster Abschnitt

Anerkennung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten

§ 122.	Voraussetzungen	574
§ 123.	Antrag der geschützten Person im Inland	576
§ 124.	Unzulässigkeit der Anerkennung	576
§ 125.	Zuständigkeit	579
§ 126.	Verfahren	580
§ 127.	Entscheidung	581
§ 128.	Verständigungspflichten des Vollstreckungsstaates	584
§ 129.	Rechtsfolgen eines Verstoßes im Vollstreckungsstaat . .	585
§ 130.	Zuständigkeit des Anordnungsstaates	586
§ 131.	Folgen einer Änderung der Europäischen Schutzanord- nung	587
§ 132.	Aufhebung der erteilten Anordnungen	587
§ 133.	Kosten	588

Zweiter Abschnitt

Erwirkung der Anerkennung in einem anderen Mitgliedstaat

§ 134.	Erlass einer Europäischen Schutzanordnung	588
§ 135.	Befassung eines anderen Mitgliedstaats	590
§ 136.	Änderung oder Zurückziehung der Europäischen Schutzanordnung	591
§ 137.	Beantwortung von Ersuchen	592

VII. Hauptstück

Schluss-, Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen

§ 138.	Verweisungen	593
§ 139.	Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen zur Stammfassung	593
§ 140.	Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen zu Novellen	595

Inhaltsverzeichnis

§ 141. Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union . .	600
§ 142. Vollziehung	601
Anlage 1: Anhänge I–XIX zum EU-JZG.	603
Anlage 2: EJN-Website – Maßnahmenverzeichnis	695
Anlage 3: ARHV.	698
Anlage 4: EU-JZV.	720
Stichwortverzeichnis	757